



**Europäische Union  
Evropská unie**  
Europäischer Fonds für  
regionale Entwicklung  
Evropský fond pro  
regionální rozvoj



**Ziel ETZ | Cíl EÚS**  
Freistaat Bayern –  
Tschechische Republik  
Česká republika –  
Svobodný stát Bavorsko  
2014 – 2020 (INTERREG V)



  
**Bayerisches Staatsministerium für  
Wirtschaft und Medien, Energie  
und Technologie**

# Beleihungsvertrag Euregio Egrensis FP 2014-2020

## Der Freistaat Bayern

vertreten durch das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie (StMWi) als Verwaltungsbehörde für INTERREG V A und

## die EUREGIO EGRENSIS Arbeitsgemeinschaft Bayern e.V.

schließen aufgrund der Festlegungen in Ziffer 1.1.1, B.6 und 1.2 sowie 2.A.5 und 2.A.6.1 (jeweils Prioritätsachse 4) im genehmigten Programmdokument (Version 2.0, Entscheidung der Kommission C (2014) C10124 final vom 17. Dezember 2014) für das Ziel Europäische Territoriale Zusammenarbeit (ETZ) zur grenzübergreifenden Zusammenarbeit Freistaat Bayern-Tschechische Republik 2014-2020 (INTERREG V A) in Verbindung mit Artikel 44 Absatz 3 der Bayerischen Haushaltsordnung (BayHO) nachstehenden

## öffentlich-rechtlichen Vertrag

(im folgenden Vereinbarung genannt).

## Präambel

Die Europäische Union stellt im Rahmen des Ziel ETZ-Programms Freistaat Bayern-Tschechische Republik 2014-2020 für die unmittelbare grenzübergreifende Zusammenarbeit EU-Mittel zur Verfügung. Um in den Genuss dieser Mittel zu kommen, hat der Freistaat Bayern zusammen mit dem tschechischen Nachbarn ein Programmdokument erarbeitet und bei der Europäischen Kommission eingereicht. In diesem Dokument ist unter Ziffer 1.2 und Abschnitt 7 auch ein Dispositionsfonds für die Euregios vorgesehen, welche der Umsetzung der in Artikel 3 Absatz 1 und 2 in Verbindung mit Artikel 5 Absatz 11 der Verordnung (EU) Nr. 1301/2013 und Artikel 7 Absatz 1 lit. a) iv) der Verordnung (EU) Nr. 1299/2013 festgelegten Investitionsprioritäten dienen sollen.

Dieser Dispositionsfonds erfordert aufgrund der Vorgaben der BayHO nachfolgende Vereinbarungen zwischen den Parteien. Beide Parteien streben an, die bereits in der Förderperiode 2007-2013 bestehende erfolgreiche Zusammenarbeit bei der Abwicklung der Dispositionsfonds auch in der Förderperiode 2014-2020 partnerschaftlich und im gegenseitigen Einvernehmen fortzusetzen.

## **§ 1 Regelung**

1. Die Euregio kann im Rahmen des von der Europäischen Kommission genehmigten Programmdokumentes in eigener Entscheidung und Verantwortung Zuschüsse aus den EU-Mitteln in Höhe von bis zu 85 % für kleine Projekte bis 25.000 EUR Gesamtkosten bewilligen. Dabei handelt die Euregio als sog. beliehener Unternehmer. Die Bewilligungen erfolgen als Projektförderung auf der Basis des von der EU genehmigten Programmdokumentes, der relevanten Verordnungen (insbesondere die Verordnungen (EU) Nr. 1299/2013, 1301/2013 und 1303/2013), der Gemeinsamen Regeln für die Förderfähigkeit von Ausgaben im Ziel ETZ Freistaat Bayern – Tschechische Republik 2014-2020 (INTERREG V A) in der jeweils gültigen Fassung und nach Maßgabe der allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen – insbesondere der Artikel 23 und 44 der BayHO – und der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) oder der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an kommunale Körperschaften (ANBest-K) in der jeweils gültigen Fassung sowie evtl. relevanter Förderrichtlinien der Bayerischen Staatsregierung.
2. Die EU-Mittel der Euregio für den Fonds für kleine Projekte werden im Rahmen des Ziel ETZ-Programms zur grenzübergreifenden Zusammenarbeit Freistaat Bayern-Tschechische Republik 2014-2020 (INTERREG V A) zur Verfügung gestellt.
3. Grundlage für den Dispositionsfonds ist ein Rahmenantrag der Euregio, der vom Begleitausschuss eingeplant und durch Rahmenvertrag und Zuwendungsbescheid bewilligt wird.

## **§ 2 Abwicklung**

1. Die Euregio erteilt als vom StMWi Beliehener unter Beachtung der in § 1 genannten Vorgaben nach positiver Prüfung der Anträge und nach einem formalen Beschluss des zuständigen, mit Vertretern beider Länder partnerschaftlich besetzten Euregio-Gremiums den Antragstellern für kleine Projekte gem. § 1 Nr. 1 einen Bewilligungsbescheid. Die Förderung erfolgt ohne Rechtsanspruch im Rahmen der verfügbaren EU-Mittel. Vorhaben, mit denen vor Antragseingang bei der Euregio begonnen wurde, können nicht gefördert werden.
2. Daneben kann die Euregio Mittel aus dem Dispositionsfonds unter den genannten Vorgaben auch für Eigenprojekte einsetzen. Die Förderanträge für die Eigenprojekte werden von der Euregio gestellt. Die Bewilligung erfolgt in diesen Fällen durch die Regierung von Oberfranken.
3. Die anteiligen EU-Mittel für die von der Euregio bei Eigenprojekten oder bei anderen Projektträgern für von diesen bereits geleistete Zahlungen können von der Euregio monatlich oder alle zwei Monate gemäß dem im Verwaltungs- und Kontrollsystem geregelten Auszahlungsverfahren angefordert werden.



4. Die Verwendung der Zuwendung ist von den einzelnen Maßnahmeträgern innerhalb von sechs Monaten nach Erfüllung des Zuwendungszwecks gegenüber der Euregio nachzuweisen (Verwendungsnachweis) und von dieser zu prüfen. Rückforderungsbescheide bei Einzelprojekten erlässt die Euregio. Rückforderungen muss die Euregio über die Regierung von Oberfranken melden. Die Rückforderungsbeträge sind von der Euregio zurückzuerstatten oder mit der nächsten Auszahlung zu verrechnen. Bei Eigenprojekten erfolgt die Verwendungsnachweisprüfung und ggf. die Rückforderung durch die Regierung von Oberfranken.
5. Die Euregio hat den Gesamtnachweis über die Verwendung der Mittel des Dispositionsfonds der Regierung von Oberfranken vorzulegen.
6. Die Euregio muss die von der EU geforderten Unterlagen entsprechend der relevanten Verordnungen führen, verwalten und aufbewahren.
7. Unregelmäßigkeiten bei Einzelprojekten müssen von der Euregio vierteljährlich über die Regierung von Oberfranken gemeldet werden.
8. Nähere Einzelheiten der Abwicklung werden durch das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, die Regierung von Oberfranken oder durch Entscheidungen des Begleitausschusses geregelt.

### **§ 3 Prüfungen**

1. Die Regierung von Oberfranken führt eine stichprobenweise Kontrolle bei Einzelprojekten und Eigenprojekten durch.
2. Die Euregio legt dem Begleitausschuss schriftliche Berichte über die Umsetzung des Dispositionsfonds einschließlich Übersichten über die geförderten Projekte vor. Daneben besteht eine Auskunftspflicht über die geförderten Projekte gegenüber der Europäischen Kommission, der Bayerischen Staatskanzlei und den am Programm beteiligten Ressorts.
3. Das StMWi, die Regierung von Oberfranken, die Europäische Kommission und die Rechnungshöfe sind berechtigt, Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen von der Euregio anzufordern sowie die Verwendung der Zuwendung sowohl bei der Euregio als auch beim jeweiligen Zuwendungsempfänger durch örtliche Erhebungen zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen.

### **§ 4**

Für Widersprüche oder bei sonstigen Differenzpunkten im Rahmen der Abwicklung des Dispositionsfonds ist die Regierung von Oberfranken zuständig.

## § 5

Die Vereinbarung tritt am Tag der letzten Unterzeichnung in Kraft und wird in von jedem Vertragspartner jederzeit widerruflicher Weise abgeschlossen.

## § 6

Mit dem Inkrafttreten der Vereinbarung werden die Rechte und Pflichten des Freistaates Bayern gegenüber der Europäischen Union für eine ordnungsgemäße Programmabwicklung im Rahmen des Dispositionsfonds der Euregio übertragen. Die Euregio übernimmt damit gegenüber der Verwaltungsbehörde die Haftung für eine ordnungsgemäße Mittelverwendung und die von der EU geforderten Nachweise.

Bayerisches Staatsministerium  
für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie  
Prinzregentenstr. 28  
80538 München

Karlfriedrich, den 10. Mai 2016

Bayerisches Staatsministerium für  
Wirtschaft und Medien,  
Energie und Technologie  
– Verwaltungsbehörde –

M. Herderich

Matthias Herderich  
Ministerialrat

Karlfriedrich, den 10. Mai 2016

Euregio Egrensis  
Arbeitsgemeinschaft Bayern e.V.

Birgit Seelbinder

Dr. Birgit Seelbinder  
Präsidentin